

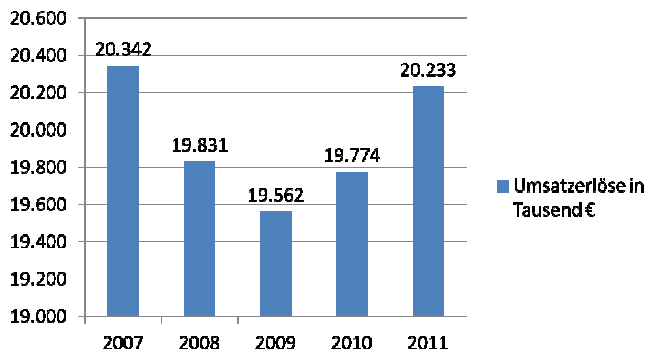


Pressemitteilung

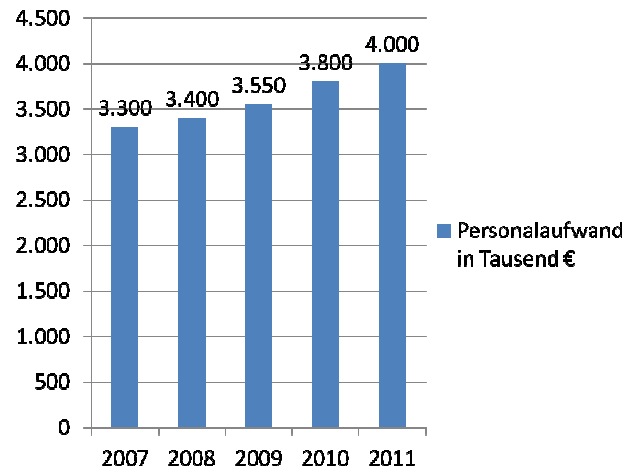
Forderung nach sofortiger Haushaltssperre und Einstellungsstopp

Der Verein „Freie Bürger für Baden-Baden e.V.“ zeigt am Beispiel des Eigenbetriebs Umwelttechnik der Stadt Baden-Baden katastrophales Missmanagement der Rathauspitze auf. Während bei dieser Tochtergesellschaft der Stadt über die Jahre die Umsatzerlöse von 2007 bis 2011 bei einer Größenordnung um 20 Mio. € liegen, stiegen die Ausgaben permanent an, im Personalbereich z.B. von 3.3 Mio. € in 2007 auf 4.0 Mio. € in 2011.

Umsatzerlöse in Tausend €



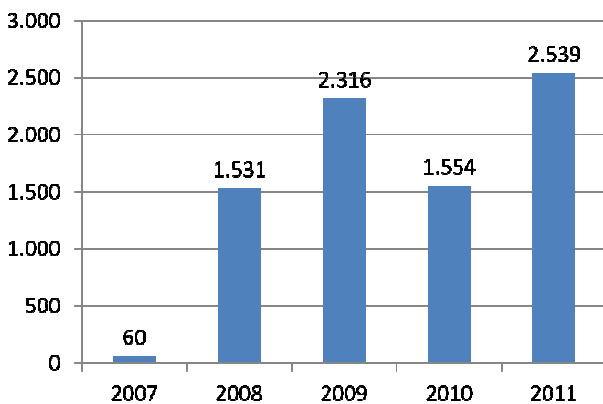
Personalaufwand in Tausend €



Es widerspricht jeder Management-Regel, bei stagnierenden Einnahmen und einem Abschluss im hohen Minusbereich, weitere Mitarbeiter einzustellen und damit zusätzliche kontinuierliche Kosten zu verursachen. Eine Reduzierung der Mitarbeiteranzahl und Umstrukturierung wären u.a. das Mittel gewesen. Aber wenn man dilettantisch solche Regeln nicht beachtet, ist der Untergang vorprogrammiert.

Anhand des nachfolgenden Schaubildes zeigt sich, dass allein in den Jahren 2008 bis 2011 das jährliche Minus zwischen 1.5 bis 2.5 Mio. € lag.

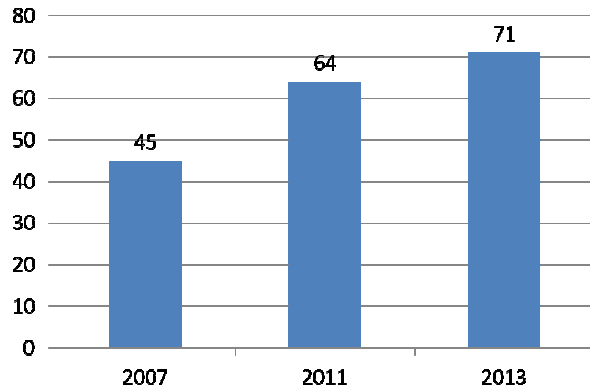
Jährliches Minus in Tausend €





Dementsprechend sind gemäß dem nächsten Schaubild die Schulden in 2007 von 45 Mio. € auf sagenhafte 71 Mio. € im Jahre 2013 (BT vom 28.01.14) angewachsen.

Schuldenentwicklung in Mio €



Allein die Bedienung der jährlichen Zinsen auf die Schulden ist von 2008 bis 2011 um 500.000 € pro Jahr angewachsen auf nunmehr 2.7 Mio. € in 2011, vermutlich aktuell bei 3,0 Mio. € – Griechenland lässt grüßen!!

Die Reaktion der Stadtspitze auf diese katastrophale Entwicklung ist

- wiederum Einstellung von zusätzlichen Mitarbeitern,
- eine rückwirkende Erhöhung für Abwassergebühren,
- der Einbehalt der zu Unrecht eingezogenen Gebühren bei gleichzeitiger Aufrechnung mit zukünftigen Forderungen.

Tatsächlich wächst durch die Erhöhung der Mitarbeiterzahl das jährliche Defizit weiter. Die vom Verwaltungsgericht in Karlsruhe kassierte rückwirkende Erhöhung der Abwassergebühren verursacht weitere Kosten für Gericht und Rechtsanwalt, die wiederum von uns Bürgern zu zahlen sind.

Die Hilflosigkeit der Verantwortlichen ist so evident, dass wir Bürger handeln müssen, weil wir die Zeche zahlen. Wir fordern deswegen eine sofortige

1. Haushaltssperre und Einstellungsstopp zusätzlicher Mitarbeiter

2. Zeitnahe Auszahlung der unberechtigt eingezogenen Erhöhung der Abwassergebühren

Im Hinblick auf die in wenigen Tagen anstehende Oberbürgermeisterwahl stellt sich für den Verein „**Freie Bürger für Baden-Baden e.V.**“ die Frage, ob tatsächlich die Verwaltungserfahrung für den OB-Kandidaten so wichtig ist bei dem Desaster, das so erfahrene Verwaltungsfachleute hier angerichtet haben und immer noch anrichten. Die Frage ist mehr als erlaubt, ob für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt unternehmerisch denkende Persönlichkeiten nicht wichtiger sind, als Leute mit „großer Verwaltungserfahrung“.

